

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Aurich

Sitzungstermin: Donnerstag, den 15.07.2021

Sitzungsbeginn: 18:04 Uhr

Sitzungsende: 20:35 Uhr

Ort: Stadthalle Aurich, Eingang Bürgermeister-Anklam-Platz,
26603 Aurich

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Horst Feddermann

Ratsvorsitzende

Frau Almut Kahmann

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

ab 18:17 Uhr (TOP 6); bis 20:15 Uhr (TOP 32)

Herr Bodo Bargmann

ab 18:06 Uhr (TOP 4)

Herr Harald Bathmann

Herr Rolf-Werner Blesene

Herr Johann Bontjer

Herr Erich Fokken

Herr Dieter Franzen

Herr Theo Frerichs

Herr Arnold Gossel

Herr Steffen Haake

Frau Antje Harms

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Herr Eckhard Hattensaur

Herr Hermann Ihnen

Frau Sonja Jakob

Frau Jabine Janssen

Herr Ulrich Kötting

bis 20:25 Uhr (TOP 33)

Herr Werner Kranz

Frau Gerda Küsel

Frau Dore Löschen

Herr Konrad Madena

Herr Artur Mannott

Herr Hans Gerd Meyerholz

ab 18:41 Uhr (TOP 12)

Herr Dr. Hans-Hermann Meyerholz

Herr Johann Reiter

Herr Hinrich Röben

Herr Richard Rokicki

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 15.07.2021

Herr Volker Rudolph
Frau Gabriele Schapp
Herr Wiard Siebels ab 18:08 Uhr (TOP 6)
Herr Hendrik Siebolds
Herr Reinhard Warmulla ab 18:10 Uhr (TOP 6)
Herr Bastian Wehmeyer
Herr Hinrich Wilts

von der Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Hardwig Kuiper
Frau Irina Krantz bis 18:44 Uhr (Ende TOP 13)
Frau Laura Rothe
Herr Johann Stromann
Frau Birgit Ehring-Timm
Frau Anna Heimlich
Herr Reemt Mönck
Herr Jens Bock
Frau Beate de Berg
Herr Jann-Ole Saathoff
Herr Nils Friedrichs Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Frau Erika Biermann
Frau Viola Czerwonka
Herr Thomas Janßen
Frau Silvia Lübcke
Frau Hilde Ubben

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates um 18:04 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 03.06.2021

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird mit 28 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ohne Änderung genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende verweist auf eine notwendige Änderung der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt 18 „Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020“ ist als neuer Tagesordnungspunkt 6 festzulegen. Aufgrund rechtlicher Vorgaben ist das Siedlungsentwicklungskonzept vor den Beschlussfassungen der Bebauungspläne zu beschließen. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung sodann einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

**TOP 6 Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020
Vorlage: 20/001/1**

Frau Harms verweist auf die Änderungs- und Ergänzungswünsche aus den jeweiligen Ortsräten. Diese seien bislang nicht bzw. nur teilweise in das Siedlungsentwicklungskonzept übernommen worden.

Sie stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

„Änderungen und Ergänzungen der Ortsräte sind zeitnah und fortlaufend aufzunehmen und einzupflegen“.

Auch Herr Gossel spricht sich für die zeitnahe und flexible Fortschreibung von Änderungen und Ergänzungen aus.

Herr Warmulla teilt mit, dass mit dem Siedlungsentwicklungskonzept grundsätzlich eine positive Entwicklung der Stadt Aurich erreicht werden kann. Die bisherige Siedlungsstruktur der Ortsteile bleibe überwiegend erhalten. Die Auricher Politik müsse sich jedoch auch an das Konzept halten. Hier bestehen jedoch Zweifel. Mit der Entscheidung zum Baugebiet „Im Timp“ habe sich jedoch gezeigt, wie die bisherigen Strukturen der Ortsteile verschwinden. Auch ein fehlendes Verkehrskonzept, welches die Klima- und Umweltaforderungen berücksichtigt, fehle.

Insbesondere die vorgesehene Bebauung im Gebiet „In der Diere“ ist abzulehnen. Die Stadt Aurich zerstöre ein ökologisch wertvolles Gebiet. Die Fraktion „Die Linke“ werde daher dem Siedlungsentwicklungskonzept nicht zustimmen können.

Herr Hans Gerd Meyerholz teilt mit, dass gerade auch für den Ortsteil Sandhorst Nachteile mit dem Konzept entstehen. Der Ortsteil werde nunmehr als zentraler Siedlungsbereich eingestuft. Diese Einstufung werde vom Ortsrat jedoch kritisch gesehen. Die Verwaltung habe die vorgeschlagenen Alternativen bisher nicht berücksichtigt bzw. geprüft. Zudem beinhaltet die vorliegende Fassung sachliche und redaktionelle Fehler. Diese Fehler führen zu Ungeheimtheiten und Verständnisschwierigkeiten. Die Fehler müssen zeitnah behoben werden, so Herr Meyerholz. Daher könne er der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Krantz schlägt vor, dass die vorgeschlagene Änderung von Frau Harms, wie folgt geändert wird:

„Das „Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020“ wird laufend fortgeschrieben und angepasst und dann zur Beschlussfassung erneut vorgelegt.“

Diese Ergänzung werde dann zusätzlich zum Beschlussvorschlag aufgenommen, so Frau Krantz.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag (einschließlich der vorgeschlagenen Ergänzung von Frau Krantz) abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich bestätigt das „Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020“.

Die Verwaltung wird beauftragt, das „Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020“ als Grundlage im Rahmen der künftigen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.

Das „Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Aurich 2020“ wird laufend fortgeschrieben und angepasst und dann zur Beschlussfassung erneut vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

TOP 7 55. Änderung des Flächennutzungsplans "Sandabbauf Flächen" im Stadtgebiet - Standortkonzept- und Aufstellungsbeschluss, Aufhebung 10. Änderung Flächennutzungsplan Sandabbauf Fläche Spekendorf, Aufhebung 33. Änderung Flächennutzungsplan Nördlich der Bahnlinie Tannenhausen Vorlage: 21/097

Beschluss:

- Das Standortkonzept zur planerischen Steuerung des Rohstoffabbaus von Sanden und Kiessanden im Stadtgebiet Aurich entsprechend Anlage 1 wird als Grundlage für die weitere Planung von Sandabbauf Flächen im Stadtgebiet beschlossen.

- Die Aufstellung der 55. Änderung des Flächennutzungsplans „Sandabbau“ zur Darstellung von Flächen für den Sand- und Kiessandabbau in Verbindung mit einer Ausschlusswirkung für die dargestellten Flächen im Stadtgebiet entsprechend Anlage 2 wird beschlossen.
- Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes „Darstellung von Sandabbauflächen“ im Ortsteil Spekendorf entsprechend Anlage 3 wird beschlossen.
- Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sandabbau und Industriegebiet nördlich der Bahnlinie“ im Ortsteil Tanenhausen entsprechend Anlage 4 wird beschlossen.

Die Anlagen zu dieser Beschlussvorlage sind Bestandteile der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

TOP 8 29. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 294
"Westlich Dornumer Straße"
- Abwägungsbeschlüsse
- Feststellungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 21/138

Beschluss:

1. Die geänderten Geltungsbereiche der 29. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 294 „Westlich Dornumer Straße“,
2. die 4. Auslegung der Planunterlagen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 294 „Westlich Dornumer Straße“
3. die gemeinsame Abwägung der Stellungnahmen zur 1., 2. und 3. Auslegung der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 294 „westlich Dornumer Straße“,
4. die Abwägung der Stellungnahmen zur 4. Auslegung der 29. Änderung des Flächennutzungsplans,
5. die Abwägung der Stellungnahmen zur 4. Auslegung des Bebauungsplans Nr. 294 „Westlich Dornumer Straße“,
6. die Feststellung der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes inkl. Begründung und Umweltbericht als gesonderten Teil der Begründung und
7. der Bebauungsplan Nr. 294 als Satzung inkl. Begründung und Umweltbericht als gesonderten Teil der Begründung

werden beschlossen.

Die Anlagen zu dieser Vorlage sind Bestandteile der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

TOP 9 Bebauungsplan Nr. 381 -Südlich Wallster Loog-, Ortsteil Walle, einschließlich der 32. Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 21/116

Herr Warmulla kritisiert, dass die Bebauungspläne mehrheitlich im beschleunigten Verfahren (nach § 13a Baugesetzbuch) aufgestellt werden. Daher ist insbesondere eine Umweltprüfung nicht erforderlich. Diese halte seine Fraktion jedoch wichtig und angebracht. Deshalb könne man nicht zustimmen. Gegen die Schaffung neuer Bauflächen bestehen grundsätzlich jedoch keine Bedenken.

Beschluss:

- Die Abwägungen der zur Beteiligung gem. §§ 3 Abs.1 und 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 381 –Südlich Wallster Loog-, inklusive der Begründung und der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen über die Gestaltung eingegangenen Stellungnahmen,
- Die Abwägungen der zur Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 381 –Südlich Wallster Loog-, inklusive der Begründung und der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen über die Gestaltung eingegangenen Stellungnahmen,
- der Bebauungsplan Nr. 381 –Südlich Wallster Loog-, inklusive der Begründung, der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen über die Gestaltung und der 32. Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung, als Satzung wie beiliegend,

werden beschlossen.

Sämtliche Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

**TOP 10 Bebauungsplan Nr. 289 Fremdenbeherbergung-
Kurzzeitpflege/Neustadtweg; hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: 21/124**

Beschluss:

1. Die Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 289 „Fremdenbeherbergung- Kurzzeitpflege/ Neustadtweg“,
2. Der Bebauungsplan Nr. 289 „Fremdenbeherbergung- Kurzzeitpflege/ Neustadtweg“ mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung einschließlich der Begründung als Satzung,
3. Die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 68/2.Änderung Erholungsgebiet Tannenhausen und des Bebauungsplanes Nr. 200 Freizeit- und Gesundheitspark Tannenhausen im durch den Bebauungsplan 289 überdeckten Teilbereich

werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

**TOP 11 Bebauungsplan Nr. 374 "Esenser Postweg/ K 122" einschließlich
25.Berichtigung des Flächennutzungsplanes – Abwägungs- und Satzungs-
beschluss
Vorlage: 21/108/1**

Beschluss:

1. Die Abwägung der Stellungnahmen zur Auslegung des Entwurfes Bebauungsplan Nr. 374 „Esenser Postweg/ K122“ einschließlich der 25.Berichtigung des Flächennutzungsplanes,
2. Der Bebauungsplan Nr. 374 „Esenser Postweg/ K 122“ mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung einschließlich der Begründung als Satzung und die 25.Berichtigung des Flächennutzungsplanes

werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

**TOP 12 Bebauungsplan Nr. 378 -Fockenbollwerkstraße-
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 21/110**

Herr Siebolds teilt mit, dass seine Fraktion zustimmen werde, obwohl es auch weiterhin Kritikpunkte gäbe. Beispielhaft nennt er den Verlust von Bäumen und den wenigen Ersatzpflanzungen. Hier sollte die Verwaltung über die Möglichkeit von Heckenanpflanzungen nachdenken. Auch der Erhalt von Parkplätzen im Bereich des Bio-Marktes sehe seine Fraktion weiterhin kritisch. Der Erhalt gehe zu Lasten der Radfahrer. In der Nicolaistraße gäbe es ausreichend Ersatzparkplätze. Auch die Herstellung des Rad- und Fußweges auf gleicher Höhe mit der Straße sei kritisch zu sehen. Insgesamt überwiege jedoch die Verbesserung der gesamten Verkehrssituation für die Verkehrsteilnehmer.

Abschließend teilt Herr Siebolds mit, dass hoffentlich auch alle eingegangenen Einwendungen an die zuständige Landesbehörde weitergeleitet werden.

Herr Warmulla ergänzt, dass auch die erweiterbare Rechtsabbiegespur in Richtung Pferdemarktkreuzung kritisch gesehen wird. Hier wird dem Autoverkehr erneut mehr Raum gelassen. Eine klima- und umweltpolitische Fehlentscheidung.

Herr Rudolph teilt mit, dass die GAP-Fraktion ebenfalls zustimmen werde. Er weist jedoch auf eine bestehende Gefahrensituation hin. Radfahrer, welche von der Ostertorkreuzung in Richtung Osten fahren (Richtung Wallinghausener Straße/Krankenhaus) fahren häufig auf der für sie falschen Straßenseite. Auf dieses Fehlverhalten sollte die Verwaltung nochmal hinweisen. Hier bedarf es noch einiger Aufklärungsarbeit.

Herr Gossel betont, dass mit den vorgesehenen Maßnahmen eine Verbesserung für die Verkehrsteilnehmer eintreten werde. Es habe ein Ausgleich zwischen den einzelnen Gruppen hergestellt werden können.

Die Wohnqualität werde abnehmen, so Frau Altmann. Erneut werde dem Autoverkehr ein Vorrang eingeräumt. Die vorgesehene Umsetzung bedeutet für Radfahrer und Fußgänger eine Verschlechterung ihrer bisherigen Sicherheit. Es darf keine Bevorzugung des Autoverkehrs geben. Radfahrer und Fußgänger brauchen mehr Platz.

Herr Rokicki verweist auf die Verbesserungen für Radfahrer und Fußgänger. Aber auch der Autoverkehr habe weiterhin seine Berechtigung, gerade in der Stadt Aurich und seinem ländlichen Umfeld. Mit der vorgesehenen Umgestaltung und Sanierung sei ein guter Kompromiss zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern erzielt worden.

Abschließend teilt Herr Hans Gerd Meyerholz mit, dass auch seine Gruppe zustimmen werde. Mit den Beteiligten konnten gute Kompromisslösungen gefunden werden.

Beschluss:

- Die Abwägungen der zur Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 378 –Fockenbollwerkstraße-, inklusive der dazugehörigen Begründung, eingegangenen Stellungnahmen,
- die Abwägungen der zur Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 378 –Fockenbollwerkstraße-, inklusive der dazugehörigen Begründung, eingegangenen Stellungnahmen,

- die Aufhebung der folgenden rechtsverbindlichen Bebauungspläne, in den jeweils durch den Bebauungsplan Nr. 378 überdeckten Teilbereichen. Bebauungsplan Nr. 298 –Osterstraße-, Bebauungsplan Nr. 282 –nördlich Egelser Straße/Kreiskrankenhausgelände-, Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 2 – Bavariagelände/Mühlenweg/Kornstraße-, Bebauungsplan Nr. 20 –Tom Brook-Straße-, Bebauungsplan Nr. 1 (Bereich Jann-Berghaus-Straße),
- der Bebauungsplan Nr. 378 –Fockenbollwerkstraße-, inklusive der dazugehörigen Begründung als Satzung, wie beiliegend,

werden beschlossen.

Sämtliche Anlagen sind Bestandteile der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 234 -Esenser Straße/Alter Weg-, Ortsteil Plaggenburg-,
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 21/117

Beschluss:

- Die Abwägungen der zur Beteiligung gem. §§ 3 und 4 Abs 2 des Baugesetzbuches zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 234 –Esenser Straße/Alter Weg-, inklusive der Begründung und der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen über die Gestaltung, eingegangenen Stellungnahmen,
- der Bebauungsplan Nr. 234 – Esenser Straße/Alter Weg-, inklusive der dazugehörigen Begründung und der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen über die Gestaltung als Satzung, wie beiliegend,
- die Aufhebung der Satzung Nr. 7 in dem durch den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 234 überdeckten Teilbereich,

werden beschlossen.

Sämtliche Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

**TOP 14 Bebauungsplan Nr. 385 "Nördlich Tannendörp" einschließlich
27.Berichtigung des Flächennutzungsplanes – Abwägungs- und Satzungs-
beschluss
Vorlage: 21/139/1**

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Erschließungsvertrag noch nicht unterzeichnet ist. Daher ist der Beschluss unter Vorbehalt zu fassen. Sollte keine Unterzeichnung erfolgen, so werde die Verwaltung eine Beschlussrücknahme beantragen.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

3. Die Abwägung der Stellungnahmen zur frühzeitigen Auslegung des Vorentwurfes Bebauungsplan Nr. 385 „nördlich Tannendörp“ einschließlich der 27.Berichtigung des Flächennutzungsplanes,
4. Die Abwägung der Stellungnahmen zur Auslegung des Entwurfes Bebauungsplan Nr. 385 „nördlich Tannendörp“ einschließlich der 27.Berichtigung des Flächennutzungsplanes,
5. Die Änderungen im laufenden Verfahren bezüglich der beiden privaten Stichstraßen (Breite/Länge/ Ausgestaltung) mit Veränderung der Baugrenzen westlich der Stichstraßen von 5,0 m auf 3,0 m Abstand zu den Stichstraßen; und die Ergänzung der örtlichen Bauvorschrift um die Zulässigkeit und Gestaltung des Dachaufbaus als Zwerchhaus (unter 1. Dachaufbauten und unter 4. Dachform und Dachneigung), sowie die Ergänzung der textlichen Festsetzung zur Traufhöhenfestsetzung zum Zwerchhaus von max. 5,0 m (unter Nr. 4 Gebäudehöhe),
6. Der Bebauungsplan Nr. 385 „nördlich Tannendörp“ mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung einschließlich der Begründung als Satzung und die 27.Berichtigung des Flächennutzungsplanes,
7. Die Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 73 für den überlagerten Bereich

werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Unterzeichnung des Erschließungsvertrages.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

TOP 15 Sanierungsgebiet "Blücher-Kaserne" Aurich: hier: 71. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 393 "Ehemalige Blücher-Kaserne" - Aufstellungsbeschlüsse
Vorlage: 21/127

Beschluss:

1. Die Aufstellung der 71. Änderung des Flächennutzungsplanes,
 2. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 393 „Ehemalige Blücher-Kaserne“
 3. die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 297 im überdecktem Teilbereich
- werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteile der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

TOP 16 Sanierung Historische Altstadt; hier: Fassadenvarianten zum Parkhaus am Georgswall
Vorlage: 21/148

Herr Siebolds teilt mit, dass seine Fraktion ursprünglich gegen das Parkhaus gewesen ist. Im Zuge der gesamten Debatte haben sich jedoch Kompromisse abgezeichnet, welche auch notwendig gewesen seien. Ziel müsse auch weiterhin ein autofreier Georgswall sein. Um die oberirdischen Parkplätze ersetzen zu können, gleiches gelte auch für Parkplätze der Anwohner, sei das Parkhaus durchaus notwendig. Es werden dadurch nicht mehr Parkplätze entstehen. Es müsse ebenfalls berücksichtigt werden, dass mit dem Neubau zusätzlicher Wohnungen neue Parkplätze vorgehalten werden müssen. Diese seien ebenfalls im Parkhaus vorzuhalten. Seine Fraktion halte auch weiterhin an einer Flaniermeile fest.

Für Frau Altmann wird mit dem geplanten Beschluss eine weitere wichtige Grünanlage in der Innenstadt von Aurich vernichtet. Das Parkhaus sei eine große Fehlentscheidung. Es passe nicht zur Umgebung. Erneut werde eine falsche und überholte Verkehrspolitik betrieben. Ziel müsse vielmehr ein autofreier Georgswall sein. In der Stadt Aurich gäbe es auch weiterhin genügend und freie Parkmöglichkeiten. Stattdessen werde es mehr Verkehr geben. Ihre Fraktion spricht sich dagegen für eine verstärkte Wohnbebauung aus. Der gesamte Bereich entwickle sich immer mehr zu einem sozialen Brennpunkt, dieser Entwicklung müsse entschieden entgegengewirkt werden. Des Weiteren habe sie arge Bedenken, ob sich das Parkhaus überhaupt finanziell tragen werde. Für die Umsetzung einer Flaniermeile sehe sie aktuell keine Mehrheit im Rat der Stadt Aurich. Zudem fehle es der Stadt Aurich an finanziellen Mitteln.

Herr Bargmann teilt mit, dass es in dem anstehenden Beschluss nicht um die Errichtung des Parkhauses geht. Dieser Beschluss ist bereits in einer früheren Sitzung des Rates gefasst worden. Anregungen und Wünsche der Fraktionen und Gruppen sind in diesem Beschluss aufgenommen worden. Die Notwendigkeit des Parkhauses stehe außer Frage. In einem ländlichen Bereich ist die Bevölkerung auch noch weiterhin auf das Auto angewiesen. In dieser Sitzung gehe es lediglich um die Fassadengestaltung. In den vorherigen Gremiensitzungen haben sich die Mitglieder klar für die dritte Variante ausgesprochen.

Herr Kötting teilt mit, dass bereits die Maßnahmenbeschlüsse zur Errichtung des Parkhauses noch nicht umgesetzt worden sind. Daher werde er sich nicht an den Beschluss beteiligen.

Herr Rudolph verweist auf den Beschluss zum Bebauungsplan 298. Mit diesem Beschluss habe sich die Stadt Aurich verpflichtet, dass das gesamte Areal um den Georgswall verändert werden soll. Diese Veränderungen haben für ihr eine hohe Priorität

Herr Meyerholz betont, dass seine Gruppe mit der Umsetzung der Parkflächen und des Angebots im neuen Parkhaus zufrieden ist.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Variante mit der Nummer 3 der Fassadenvorschläge für das Parkhaus am Georgswall wird Bestandteil des Kaufvertrages über die Veräußerung der Parkhausfläche.

Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Ergänzung zum Beschluss:

Farbmuster der Klinkersteine für die Fassade werden vorab dem Verwaltungsausschuss der Stadt Aurich vorgelegt. Dieser entscheidet dann über die endgültige Farbgebung.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

TOP 17 Fahrradanlehnbügel zur Neuaufstellung und Nachverdichtungen in den Ortsteilen - Antragstellung im Sonderprogramm "Stadt und Land"
Vorlage: 21/132

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die Beschaffung von Fahrradanlehnbügel in Höhe von 10.000 Euro. Für die Maßnahme soll im Rahmen des Sonderprogramms „Stadt und Land“ ein Antrag auf Förderung gestellt werden. Die Fahrradanlehnbügel werden in den außerhalb liegenden Ortsteilen zur Neuaufstellung und Nachverdichtung aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 18 Ausbau des Geh- und Radweges an der Egelser Straße, Abschnitt "Zum Fernsehturm" bis "Strodeweg"
Vorlage: 21/131

Beschluss:

1. Der Antrag zur Aufnahme in das Mehrjahresprogramm nach dem Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) für die Maßnahme „Ausbau des Geh- und Radweges an der Egelser Straße, Abschnitt „Zum Fernsehturm“ bis Strodeweg““ wurde fristgerecht zum 15.04.2021 gestellt.

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 15.07.2021

Die Stadt Aurich verpflichtet sich, den durch Fördermittel des Landes nicht gedeckten Teil der Kosten i.H.v. ca. 98.227,68 Euro zu übernehmen.

2. Die Durchführung und Finanzierung der Baumaßnahme wird vorbehaltlich der Bewilligung der Förderung nach dem NGVFG beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 19 Auflösung und Rückführung des Jugend- und Familienzentrums Aurich AöR Vorlage: 21/087/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt:

1. die Auflösung des Jugend- und Familienzentrums Aurich in seiner Rechtsform als Anstalt des öffentlichen Recht (AöR) und die Rückführung in die Kernverwaltung der Stadt Aurich mit Wirkung zum 01.01.2022 und
2. die als Anlage beigefügte Aufhebungssatzung der Stadt Aurich über die Aufhebung der Satzung der Stadt Aurich über die Anstalt des öffentlichen Rechts „Jugend- und Familienzentrum Aurich AöR“.
3. In der Übergangszeit bis zum 01.01.2022 wird das Jugend- und Familienzentrum vom Fachbereich II mit begleitet.
4. Nach Auflösung der AöR wird das Jugend- und Familienzentrum als Fachdienst 39 in die Kernverwaltung im Fachbereich II integriert.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

TOP 20 Informationen zum Antrag 21/010 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Frauen in die Politik: Maßnahmen zur Verbesserung der Ratsarbeit für Mandatsträger*innen, die familiäre Verantwortung tragen Vorlage: 21/137

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Rates der Stadt Aurich zur Kenntnis genommen.

TOP 21 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen, I. und II. Quartal 2021
Vorlage: 21/151

Beschluss:

Die entgegengenommene Einzelspende in Höhe von 3.500,00 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 22 Ernennung des Ortsbrandmeisters und des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Sandhorst
Vorlage: 21/114

Beschluss:

Herr Günter Wilts wird mit Wirkung vom 12.09.2021 unter Fortdauer des Beamtenverhältnisses als Ehrenbeamter auf Zeit für weitere sechs Jahre bis zum 11.09.2027 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Sandhorst ernannt.

Herr Jann Gerdes wird mit Wirkung vom 12.09.2021 unter Fortdauer des Beamtenverhältnisses als Ehrenbeamter auf Zeit für weitere sechs Jahre bis zum 11.09.2027 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Sandhorst ernannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 23 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Haxtum
Vorlage: 21/115

Beschluss:

Herr Keno Wessels wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit für sechs Jahre zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Haxtum ernannt.

Das Ehrenbeamtenverhältnis des amtierenden Ortsbrandmeisters Heiko Lindemann ist mit der Ernennung des neuen Ortsbrandmeisters beendet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 24 Antragstellung für Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“
Vorlage: 21/141

Herr Bathmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Fraktion das Programm unterstützt. Für die Stadt Aurich bedeutet die Teilnahme eine große Chance.

Auch Herr Bargmann und Herr Rokicki teilen mit, dass ihre Fraktionen die Teilnahme am Programm unterstützen.

Herr Bargmann ergänzt, dass zudem die Wünsche und Anregungen der CDU-Fraktion zum Programm von der Verwaltung aufgenommen worden sind.

Herr Siebels lobt die zügige und rechtzeitige Umsetzung der Antragsvoraussetzungen durch die Verwaltung. Das Sofortprogramm biete eine große Chance für die Stadt Aurich. Mit den Fördermitteln können jetzt viele und sinnvolle Projekte umgesetzt werden, welche die Stadt Aurich voranbringen werden. Es ist ein gemeinsamer Erfolg.

Herr Siebolds kritisiert, dass die Schwerpunkte der Stadt Aurich falsch gesetzt worden sind. Zudem habe das Land Niedersachsen an anderer Stelle Einsparungen im Landeshaushalt vorgenommen, gerade auch bei den Finanzmitteln für die Kommunen. Deshalb fehlen jetzt Mittel für andere wichtige kommunale Projekte und Aufgaben.

Die Vorlage wird sodann von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 25 Sonderprogramm "Stadt und Land"
Vorlage: 21/128

Herr Rudolph kritisiert, dass die Mittel nicht überwiegend für den Ausbau und der Verbesserung der Fuß- und Radwege eingesetzt werden. Aus seiner Sicht werde der Autoverkehr anteilmäßig zu sehr bevorzugt. Er verweist dabei auf die geplanten Maßnahmen im Bereich des Ellernfeld.

Herr Rudolph stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

Der Punkt 1.2 des Beschlusses, soll wie folgt geändert werden:

Umbau der Verkehrsfläche „Am Ellernfeld“ zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Folgende Maßnahmen sollen dabei umgesetzt werden:

- Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage gegenüber dem Sportplatz
- Errichtung einer Fahrradabstellanlage an der Jugendherberge
- Herstellung eines breiten Gehweges vom Eingangsbereich der Sportanlage bis zur Jugendherberge
- Sichere Verkehrsführung insbesondere bei der Beleuchtung der Verkehrsflächen
- Sichere Verkehrsführung für PKW und Busse von der Sportanlage bis zur Jugendherberge

Frau Altmann teilt mit, dass über die einzelnen Punkte (einschl. des Antrages von Herrn Rudolph) getrennt abgestimmt werden sollte. Aus ihrer Sicht dürfe der Autoverkehr nicht mitfinanziert werden. Sie könne daher nicht allen Punkten der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Gossel verweist in diesem Zusammenhang auf den notwendigen Ausbau des Ostfriesland-Wanderweges. Insgesamt könne seine Fraktion den einzelnen Maßnahmen jedoch zustimmen.

Auch Herr Siebolds spricht sich für eine getrennte Abstimmung aus. Er verweist auf die Förderrichtlinien. Diese sehen keine Förderung für den Autoverkehr vor.

Herr Hans Gerd Meyerholz spricht sich ebenfalls für eine getrennte Abstimmung aus. Er verweist auf den Masterplan Radverkehr. Dieser sehe keine Fahrradgarage vor. Daher halte er Abstellflächen für Fahrräder für sinnvoll.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Antrag von Herrn Rudolph bereits sehr detailliert ist. Über die einzelnen Details und deren Umsetzung sollte jedoch in den zuständigen Fachausschüssen zuvor beraten werden.

Nach einer kurzen Diskussion ist sich die überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder darüber einig, dass bzgl. des Antrages von Herrn Rudolph auf die detaillierte Aufzählung der Maßnahmen verzichtet werden sollte. In den Beschluss sollte daher nur die neue Bezeichnung der Maßnahme aufgenommen werden. Auf die Benennung der einzelnen Ziele dagegen verzichtet werden.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über den Antrag von Herr Rudolph abstimmen.

Mit 35 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wird der Änderung der Maßnahmenbezeichnung zugestimmt:

Punkt 1.2 lautet somit wie folgt:

Umbau der Verkehrsfläche „Am Ellernfeld“ zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Die Ratsvorsitzende lässt nunmehr über die anderen Maßnahmen des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschlüsse:

1.1 Errichtung einer Fahrradgarage in der Altstadt

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen

1.2 Umbau der Verkehrsfläche „Am Ellernfeld“ zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere für Fußgänger und Fahrradfahrer

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

1.3 Ausbau Ostfrieslandwanderweg

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

1.4 Ausbau Ems-Jade-Wanderweg

– Abschnitt Schleuse Rahe (Kukelorum) bis Zum Haxtumerfeld

– Abschnitt Zum Haxtumerfeld bis Grüner Weg

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 26 Tauschvertrag über Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Middels II und III
Vorlage: 21/147

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich erwirbt das Flurstück 68/26 der Flur 2 der Gemarkung Middels-Westerloog zur Größe von 4.000 m² - in der Anlage 1 grün umrandet dargestellt - im Wege der Vertragsrückabwicklung von der Tauschpartnerin zurück.
2. Die Tauschpartnerin erwirbt eine Grundstücksteilfläche zur Größe von ca. 3.500 m² aus dem Flurstück 72/4 der Flur 2 der Gemarkung Middels-Westerloog – in der Anlage 2 rot umrandet dargestellt - von der Stadt Aurich.
3. Tauschpartnerin: siehe Angaben in Anlage 3 (nicht öffentlich).
4. Der Verkehrswert der Tauschgegenstände wird jeweils mit 60.000,00 € angegeben.
5. Die Stadt Aurich trägt alle mit der Beurkundung und dem Vollzug des Tauschgegenstandes entstehenden Kosten (Notar- und Gerichtskosten, Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten).
6. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

TOP 27 Maßnahmen zur Verkehrssicherung, Parkplatzzufahrt und -gestaltung sowie zur Ausübung des Bogenschießsports am Böhnerweg
Vorlage: 21/120

Beschluss (kein Beschluss zu den Punkten c und d)

Folgende Maßnahmen zur Verkehrssicherung, Parkplatzzufahrt und -gestaltung sowie zur Ausübung des Bogenschießsports am Böhnerweg werden beschlossen:

- a) Parallel zum Kunstrasenplatz des Sportvereins Wallinghausen wird eine befestigte Zufahrt zu den ehemaligen Tennisplätzen des TuS Aurich-Ost hergestellt
- b) Die ehemaligen Tennisplätze des TuS Aurich-Ost werden zu einem Parkplatz umgestaltet

Über die Punkte c und d wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Zunächst soll die Bauleitplanung abgewartet werden.

Ergänzung:

Das ehemalige Vereinsheim soll nicht abgerissen werden (siehe Punkt c).

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

TOP 28 Übernahme der KITA FrechdaXe in städtische Trägerschaft
Vorlage: 21/118

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die Übernahme der KITA FrechdaXe zum 01.08.2021 in städtische Trägerschaft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 29 Weiterführung des Kooperativen Hortes in Kooperation mit der Grundschule Lambertischule Aurich
Vorlage: 21/142

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die Fortführung des „Kooperativen Hortes“ an der Lambertischule in Aurich ab dem 01.08.2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 30 Lösungsansätze für fehlende KITA-Plätze zum 01.08.21
Vorlage: 21/136

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- a) den Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen final zu ermitteln, der nachgefragt, aber durch das vorhandene Angebot der kommunalen und freien Träger nicht gedeckt werden kann.
- b) eine Elternbefragung durchzuführen, ob die nachfolgend aufgeführten temporären Angebote (Tz. c, f, i und l) in Anspruch genommen würden.

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 15.07.2021

- c) Gespräche mit der Kita-Leitung der „Extumer Drachenstube“ und weiteren Beteiligten im unmittelbaren Umfeld der Einrichtung (insbesondere dem Boßelverein Extum, den Pfadfindern „Vaganten“, dem Schützenverein Extum und Vertretern von Jugendlichen, die dem Dorfplatz nutzen) mit der Zielsetzung zu führen, dort temporär bis zu zwei Vormittags-Krippengruppen mit jeweils 15 Plätzen in Containerbauweise zu errichten. Die Container sollen auf dem Bolzplatz platziert werden.
- d) Gespräche mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Hannover (RLSB-H) zu führen, um eine Genehmigung für den Betrieb nach Tz. c zu erwirken.
- e) die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit der Betrieb für die Einrichtung nach Tz. c zum frühestmöglichen Zeitpunkt im neuen Krippenjahr aufgenommen werden kann. Dieses gilt insbesondere für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen, die Ausstattung der Einrichtung und die Akquirierung von Personal.
- f) Gespräche mit der Kita-Leitung der kommunalen Einrichtung „Lindenbaum“ mit der Zielsetzung zu führen, dort temporär eine weitere Vormittags-Kindergartengruppe mit 18 Plätzen in den vorhandenen Räumen zu errichten.
- g) Gespräche mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Hannover (RLSB-H) zu führen, um eine Genehmigung für den Betrieb nach Tz. f zu erwirken.
- h) die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit der Betrieb für die Einrichtung nach Tz. f zum frühestmöglichen Zeitpunkt im neuen Kindergartenjahr aufgenommen werden kann. Dies gilt
- i) insbesondere für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen, die Ausstattung der Einrichtung und die Akquirierung von Personal.
- j) Gespräche mit der Kita-Leitung und dem Elternbeirat des Kindergartens „Upstalsboom gGmbH“ sowie der Schulleitung der Grundschule „Upstalsboom“ mit der Zielsetzung zu führen, dort temporär eine weitere Vormittags-Kindergartengruppe mit 25 Plätzen im jetzigen Werkraum der der Grundschule zu errichten.
- k) Gespräche mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Hannover (RLSB-H) zu führen, um eine Genehmigung für den Betrieb nach Tz. i zu erwirken.
- l) die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit der Betrieb für die Einrichtung nach Tz. i zum frühestmöglichen Zeitpunkt im neuen Kindergartenjahr aufgenommen werden kann. Dieses gilt insbesondere für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen, die Ausstattung der Einrichtung und die Akquirierung von Personal.

Für die Grundschule ist zeitgleich ein Ersatz für den wegfallenden Werkraum in Containerbauweise zu schaffen.
- m) Gespräche mit weiteren Kindertagesstätten zu führen, ob und unter welchen Bedingungen eine zusätzliche Nachmittags-Kindergartengruppe eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 31 Erweiterung der Realschule
Vorlage: 21/123

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufstockung und Einrichtung von zwei Klassenräumen auf die vorhandenen Container auf dem Schulgelände der Realschule.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 32 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Herr Kötting äußert sich für die GAP-Fraktion zu den Vorgängen bzgl. der Umgestaltung des Spielplatzes an der Thüringer Straße zu einem Bolzplatz. Der Bürgermeister habe hier seine Kompetenzen überschritten. Ohne den erforderlichen Beschluss für die Umgestaltung abzuwarten, sind die Spielgeräte abgebaut worden. Mit dieser Aktion habe der Bürgermeister in die Kompetenz der städtischen Gremien eingegriffen. Für seine Fraktion ist es bedauerlich, dass nicht mehr Ratskollegen dagegen Widerspruch erheben. Für den zukünftigen Rat erhoffe er sich mehr Engagement für den Erhalt seiner Rechte.

Herr Siebolds kritisiert ebenfalls, dass nicht mit allen Anliegern gesprochen worden ist und verweist auf das zweite Schreiben. In diesem Schreiben sprechen sich die Unterzeichner für den Erhalt des Kinderspielplatzes aus. Die Verwaltung habe es versäumt auch mit diesen Anliegern zu sprechen. Stattdessen wurden deren Meinungen ignoriert und Tatsachen geschaffen. Ein geordnetes Verfahren sehe anderes aus. Zukünftig müssen die formalen Abläufe eingehalten werden, so Herr Siebolds.

Frau Hartmann-Seibt kann die Kritik nach fehlender Öffentlichkeitsbeteiligung nicht nachvollziehen. Es habe Vor-Ort-Termine gegeben und in den zuständigen städtischen Gremien ist darüber diskutiert worden. Zudem habe die hiesige Presse ausführlich über das Thema berichtet. Bis zur Umsetzung habe es keine kritischen Stimmen gegeben. In der näheren Umgebung gäbe es zudem auch weitere Spielplätze.

Frau Altmann kritisiert, dass es keine Kompromissbereitschaft gegeben habe. Auch sie kritisiert das eigenmächtige Vorgehen der Verwaltung. Die Gremienbeschlüsse hätten abgewartet werden sollen. Zukünftig dürfe ein solcher Vorgang nicht mehr vorkommen.

Die Anwohnerinnen und Anwohner hätten bereits vorab und direkt von der Verwaltung informiert werden müssen, so Frau Jakob. Dieses Vorgehen hätte manche Probleme im Vorfeld gelöst.

Herr Rokicki teilt mit, dass die Thematik ausführlich in den zuständigen Gremien erörtert worden ist. Die Kinder haben ihr Anliegen ausführlich auf der Sitzung des Ortsrates für den Bereich der Kernstadt Aurich vorgestellt. Deren Engagement müsse gewürdigt werden. Er habe an einem geordneten Verfahren überhaupt keine Zweifel.

Herr Bathmann teilt mit, dass Frau Krantz soeben als neue Stadtbaurätin in Emden gewählt worden ist. Seitens der SPD-Fraktion gratuliere man Frau Krantz und bedauere gleichzeitig auch ihren Weggang.

Für die Neubesetzung der Stelle müsse die Attraktivität und die Bezahlung verbessert werden, so Herr Bathmann. Daher sei die Schaffung von Wahlbeamtenstellen der richtige Weg. Es müsse sich auch der Umgang zwischen Politik und Verwaltung verbessern.

TOP 33 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bürgermeister zeigt sich sehr erstaunt über die vorherigen Reaktionen zum Spielplatz an der Thüringer Straße. Die Verwaltung habe im guten Glauben gehandelt, zumal alle vorherigen zuständigen Gremien (Ortsrat für den Bereich der Kernstadt Aurich und der Jugend-, Sport- und Sozialausschuss) sich mit großer Mehrheit für eine Umwandlung ausgesprochen hatten. Zukünftig werde er aber den abschließenden Beschluss abwarten. Die jetzige Debatte sei eine Posse, so der Bürgermeister.

Des Weiteren verweist der Bürgermeister auf die geplanten Sondersitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und des Haushalts-, Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerlösch–Ausschusses. Als Termin ist der 26. Juli 2021 vorgesehen. Die Einladungen werden rechtzeitig versendet.

Der Bürgermeister verweist auf die Aktion „Stadtradeln“, welche ab dem 05. September 2021 beginnen soll. An dieser Aktion können auch die Ratsmitglieder teilnehmen.

Der Bürgermeister teilt ebenfalls mit, dass die geplante Podiumsdiskussion im Familien- und Jugendzentrum ausfällt. Die Teilnehmerzahl ist leider zu gering.

Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass sich die Termine der geplanten Ratssitzungen im Oktober und November geändert haben. Die neuen Termine sind im Ratsinformationssystem aktualisiert worden. Zudem liegt allen Ratsmitgliedern ein aktueller Sitzungsplan vor.

Der Bürgermeister verweist auf die Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Aurich für das Haushaltsjahr 2021 durch den Landkreis Aurich. Das Genehmigungsschreiben liegt den Mitgliedern des Rates der Stadt Aurich vor. Das Schreiben wird auch als Vorlage ins Ratsinformationssystem eingestellt, so der Bürgermeister abschließend.

In diesem Zusammenhang ergänzt der Bürgermeister, dass die Einnahmen der Stadt Aurich um rd. 4 Mio. Euro eingebrochen sind. Es sind alle Einnahmebereiche betroffen. Aufgrund dieser Haushaltssituation werde eine in den nächsten Tagen eine Haushaltssperre erlassen.

TOP 34 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Anfragen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

TOP 35 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

TOP 36 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt die Ratsvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.27 Uhr.